

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

11.11.1932 (No. 265)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 955
und 954
Postfach
Nr. 2515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Klenz,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 6 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern besendet. Bei Klageerhebung, z. B. wegen Verletzung des Patents, ist der Interessent verpflichtet, die Zeitung vorab zu bezahlen. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volksblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

Die Elektrifizierung der Bahnen

Das wichtigste Kampfmittel der Bahnen im Wettbewerb zwischen Schiene und Straße

Zu diesem Thema, das wir kürzlich an anderer Stelle bereits behandelt haben, gehen uns folgende Ausführungen zu:

Der belgische Verkehrsminister Fortomme hat kürzlich einen Vortrag über die Elektrifizierung der Eisenbahnen gehalten, in dem er sich hauptsächlich mit der Gefahr beschäftigte, welche der Schiene von der Straße her droht. „In diesem Wettstreit zwischen Schiene und Straße“, sagte der Minister, „liegen sich zahlreiche Probleme, die gegenwärtig von allen (?) Regierungen und von allen großen wirtschaftlichen Organisationen mit der größten Sorgfalt studiert werden.“

Der Minister bezeichnete die Elektrifizierung als das wichtigste Kampfmittel der Bahnen gegenüber der Automobil Konkurrenz; denn eine elektrifizierte Bahn ermöglicht nicht nur ein reines und viel rascheres Fahren, sie ermöglicht auch eine größere Anpassung an das Schwanzen des jeweiligen Verkehrsaufkommens durch die Einsetzung schnellerer Triebwagen. Es sei erwiesen, daß ein häufiger, einfacher und schneller Verkehr die Zahl der Reisenden in einigen Monaten, sogar in einigen Wochen auf drei- oder vierfache vergrößert. Ein Vorteil sei auch die Möglichkeit der in einem elektrifizierten Netz vom Personal zu leistenden Arbeit.

Die Elektrifizierung wäre aber auch ein Mittel zur teilweisen Beseitigung der Arbeitslosigkeit. „Seitdem uns die Krise plagt“, sagte der Minister, „hat man von allen Seiten große Arbeiten angekündigt, welche die Arbeitslosigkeit vermindern und vielen Unternehmungen eine Möglichkeit des Weiterlebens geben sollen. Wenn man aber an die Durchführung schreiten will, stößt man jedesmal auf unübersteigbare Schwierigkeiten. Gewisse vorgeschlagene Arbeiten sind von sehr geringem Nutzen, andere erfordern nur sehr wenige Handarbeit, andere wieder können von den Gruppen von Arbeitslosen, die man gerne zur Arbeit bringen möchte, nicht ausgeführt werden. Die mit der Elektrifizierung zusammenhängenden Arbeiten haben keinen dieser Nachteile. Die Möglichkeit kann ihnen nicht abgelehnt werden. Was die Handarbeit betrifft, spielt sie in allen Industrien, die mit dieser großen Umformungsarbeit verbunden sind, eine bedeutende Rolle und überschreitet bei weitem alle anderen Ausgaben. Schließlich nehmen viele andere Industrien außer der Elektroindustrie Anteil an der Elektrifizierung. Man hat bei einer kürzlich erfolgten Elektrifizierung einer Linie 80 Prozent an Löhnen bezahlt. Andererseits sind 32 Prozent der Gesamtausgabe an die Elektrofirmen gegangen; die restlichen 68 Prozent kamen 48 anderen Industrien- und Sachunternehmungen zugute.“

Der Minister befaßte sich dann noch mit der Frage der Finanzierung und meinte, das Klügste wäre die sofortige Elektrifizierung des gesamten Netzes der belgischen Bahnen, die den Gegenstand einer Operation großen Stils bilden müßte, wobei der Staat einen Anteil aus dem Arbeitslosenunterstützungsfonds beisteuern könnte, der durch die Beschäftigung einer Reihe von Unternehmungen entlastet würde. Wenn mit der Elektrifizierung eine rasche Reform des Betriebes überhaupt verbunden werden möchte, dürfe man auch eine beträchtliche Vergrößerung des Verkehrs der Reisenden hoffen.

Ähnlich wie in Belgien liegen die Verhältnisse auch in Deutschland, darum ist es für die deutsche Öffentlichkeit nicht uninteressant, zu hören, wie führende Verkehrsminister in Belgien über die Elektrifizierung der Bahnen denken.

In Deutschland spricht das volkswirtschaftliche Interesse außerdem deshalb für baldige Bahn elektrifizierung, weil durch sie auch die Verwertung nicht transportwürdiger Brennstoffe und ungenutzter Wasserkraft erreicht wäre.

Die Heimkehr v. Gronau

Der Dornier-Wal des Weltfliegers von Gronau ist am Donnerstagabend um 2.40 Uhr, von München kommend, glatt auf der West in Mangel bei Friedrichshafen gelandet. Der Reichsaussenminister hat v. Gronau in einem Telegramm beglückwünscht. Bei einem von den Dornier-Becken veranstalteten Empfang, ehte als erster Dr. Dornier, der Konstrukteur des erfolgreichen Flugboots, die Weltflieger. Mit dem jetzigen größten Fluge über 4300 Kilometer um die Erde sei v. Gronau der erste Europäer, der mit dem Flugzeug eine Reise um die Welt gemacht habe. Ministerialdirektor Mühlhoffmann überbrachte eine Einladung der Reichsregierung zu einer Ehrung der Flieger am Donnerstag in Berlin. In einer kurzen Schilderung gedachte v. Gronau seines Fluges, vor allem der Hilfsbereitschaft der Regierungen, der durchflogenen Länder und der Gaffreundschaft, die ihm bei den Nationen zuteil geworden war.

Dr. Cämer, der zur Zeit in Barcelona weilte, hat erklärt, er würde es sehr begrüßen, wenn man in Barcelona, das ein prächtiger Startplatz für Luftschiffe nach Südamerika sei, Seppelins bauen könnte.

Letzte Nachrichten

Reichsregierung und Parteien

Noch keine Einladung an die Parteiführer

BRN, Berlin, 11. Nov. (Priv.-Tel.) Ein Berliner Mittagsblatt will wissen, daß Reichkanzler v. Papen die Führer einer Reihe von Parteien bereits gestern abend zu den Besprechungen eingeladen habe, zu denen ihn der Reichspräsident bei dem gestrigen Empfang autorisiert hat. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, ist diese Nachricht falsch.

Der Kanzler hat bisher noch niemand eingeladen. Für heute kommen noch keine derartige Besprechungen in Frage, da der Kanzler den Nachmittag über durch die Verhandlungen mit den Ministerpräsidenten der Länder vollaus in Anspruch genommen ist. Es ist zu erwarten, daß die ersten Besprechungen am Sonntag stattfinden, und daß sie am Dienstag nach der Rückkehr des Reichkanzlers aus Dresden fortgesetzt werden.

Ein allgemeines Hypothekenmoratorium?

BRN, Berlin, 11. Nov. (Priv.-Tel.) Wie die „Berliner Morgenzeitung“ meldet, soll das Reichsministerium eine Notverordnung beschließen haben, die ein generelles Moratorium für alle Hypotheken, mit Ausnahme der Aufwertungsypotheken, bis April 1934 ausspricht. Damit würde also die bisher nur für die Landwirtschaft bestehende generelle Kapitalstundung auch auf alle anderen Hypotheken ausgedehnt werden.

Aufreue im Bielefelder Gefängnis

Leutnant Scheringer als Rebellenführer

BRN, Bielefeld, 11. Nov. (Tel.) Unter den im Bielefelder Gefängnis untergebrachten Festungsgesangenen kam es gestern nachmittag zu einer Revolte, nachdem ein Teil der Gefangenen bereits am Mittwoch in den Hungerstreik getreten war. Der Streik richtete sich gegen die verhärteten Bestimmungen des Strafvollzuges bei der Festungshaft. Unter Anführung des früheren Leutnants Scheringer kam es im Gemeinschaftsraum zu turbulenten Szenen. Die Gefangenen zertrümmerten das Mobiliar und warfen ihre Eßgeschirre auf die Straße. Vor dem Gefängnis tobte sich eine große Menschenmenge zusammen, die die lärmenden Demonstrationen der Gefängnisinsassen mit erregten Zurufen begleitete. Auch in den Zellen wurde das Mobiliar zertrümmert und das Bettzeug zerissen und durch die Lüftung nach außen geworfen. Die Beamten der Gefängnisverwaltung hatten gegen die Unruhmacher einen schweren Stand. Sie vermochten aber die Revolte ohne Unterstützung der Polizei niederzuschlagen.

Über 1000 Todesopfer eines Orkans auf Cuba

BRN, New York, 11. Nov. (Tel.) Bei einem Orkan auf Cuba dürften nach den hier eingetroffenen Meldungen mehr als tausend Menschen das Leben eingebüßt haben. Besonders stark ist die Provinz Puerto Principe heimgesucht worden, wo namentlich die Städte Santa Cruz del Sur und Camaguey verwüstet wurden. Da die Santa Cruz schwebenden Dämme brachen, ergossen sich die Fluten in die Stadt. Glücklicherweise gelang es den meisten Einwohnern, sich in Sicherheit zu bringen. Im Hafen sind viele Schiffe gesunken. Größer als in Santa Cruz ist die Zahl der Toten in Camaguey. Der Sachschaden ist in beiden Städten bedeutend. Viele Häuser sind nur noch einen Trümmerhaufen. Die Verbindungen sind unterbrochen.

Der Machtwechsel in Amerika

Keine völlige Aufhebung der Prohibition?

Walwins Forderung nach einer Revision der Kriegsschulden, die er am Mittwoch auf dem Guildhall-Bankett in London zum Ausdruck brachte, wird im Washingtoner Staatsdepartement dahin kommentiert, daß in diesen Fragen der gesetzlich vorgeschriebene und vertraglich festgelegte Wege eingehalten werden müßten. Die Schuldner müßten sich also an das amerikanische Schicksal wenden. Da beide amerikanischen Parteien sich gegen eine Streichung der Kriegsschulden ausgesprochen haben, so dürfte im Kongress ein Antrag auf Revision der Schulden nur dann Gehör finden, wenn in der Rüstungsfrage erhebliche Abstriche an den Rüstungsausgaben Europas erzielt würden.

Mit dem Abgang Hoovers dürfte die Frage der Anerkennung Sowjetrußlands sehr aktuell werden. Man rechnet mit einer Aufnahme des diplomatischen Verkehrs schon 1933. Dagegen glaubt man, daß in der Prohibitionfrage die europäischen Exporteure zu optimistisch seien; denn zur Aufhebung einer Verfassungsbestimmung bedarf es einer Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern des Kongresses und einer Zweidrittelmehrheit in den vierstelligen aller Einzelstaatlichen Parlamente. Man befürchtet, daß die Südstaaten eine völlige Aufhebung der Prohibition verhindern werden.

Aus den vollständigen Ergebnissen der Senatswahlen geht hervor, daß 28 Demokraten und sechs Republikaner gewählt worden sind. Die Demokraten haben damit insgesamt 59 Senatsitze, die Republikaner 36 und die Farmer-Labor-Party einen Sitz.

Die letzten bekanntgewordenen Zahlen für die Kongresswahlen lauten: 314 Demokraten, 111 Republikaner, 4 Landarbeiter. Zweifelsfrei sind noch 6 Sitze.

Wirtschaftliche Umschau

Um die Kontingentierung der Agrareinfuhr — Wirtschaftsverhandlungen mit dem Ausland — Ein würtembergisches Holz-Dumpiq

Die Probleme des internationalen Warenverkehrs werden weiter die Wirtschaftskreise aller Länder beschäftigen, denn es gilt, vieles wieder aufzubauen und das neu zu ordnen, was sich als nicht haltbar erwiesen hat. Dabei stehen sich überall die Interessen großer Berufsstände entgegen, und entgegengesetzte Forderungen werden nicht nur mit den Notwendigkeiten für den betreffenden Berufsstand begründet, sondern auch mit den Vorteilen (oder im gegenseitigen Fall mit drohenden Nachteilen) für die gesamte Volkswirtschaft des betreffenden Landes. Bei uns in Deutschland gehen die Auseinandersetzungen über die Kontingentierung der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte weiter. Während die Landwirtschaft die Fortsetzung dieser Politik fordert, nachdem nun die Dutertkontingente eingeführt sind (mit denen sich die deutsche Industrie schließlich abgefunden hat), wenden sich die Exportindustrien gegen weitere Kontingentierungsmassnahmen. Neuerdings denkt man an eine andere Preisstüfung für die Landwirtschaft, nämlich durch Weltzölle (nach dem Beispiel des Zuckers), die entsprechend den Marktpreisen herauf- oder herabgesetzt werden können. Es stehen diesem Plan allerdings vertragliche Abmachungen mit wichtigen Bezugs- und Absatzländern entgegen.

Nun hat auch der Verband südwestdeutscher Industrieller mit der Begründung, daß schon die bloße Ankündigung der Kontingentierung die industrielle Ansäufung durch Gegenmaßnahmen und Boykottbewegungen im Ausland ungemein schädigte, eine Kundgebung an den Reichkanzler gerichtet, in der zwar zugegeben wird, daß der Landwirtschaft weiter geholfen werden müsse, namentlich auch durch Unterstützung im Ausbau ihrer Absatzorganisationen, daß aber die Auswirkungen der geplanten handelspolitischen Maßnahmen zu erneuter Arbeitslosigkeit, Schwächung der Kaufkraft breiter Massen und dadurch zu einer Mindererzeugung deutscher landwirtschaftlicher Erzeugnisse, statt zu einer Steigerung führen müßten. Während die durch die geplanten Kontingentierungen betroffenen Länder zu den bedeutendsten Abnehmern unserer industriellen Erzeugnisse zählen, und gerade die Struktur der badischen und südwestdeutschen Wirtschaft überwiegend durch Exportindustrie gekennzeichnet werde, stelle die Einfuhr von Luxuslebensmitteln und Luxuskonsumgütern nur einen geringen Prozentsatz unserer Gesamteinfuhr dar.

Von badischer landwirtschaftlicher Seite war durch den Präsidenten der Landwirtschaftskammer, Grafen Douglas, der ja in diesen Tagen vom Reichspräsidenten empfangen worden ist, in einem Interview mit einem Pressevertreter vor einiger Zeit bereits betont worden, daß das Ziel, das auch die badische Landwirtschaft mit ihren Forderungen auf Kontingentierung der Produkte der Veredelungswirtschaft verfolgte, eine Vermehrung der Waren und des Absatzes, nicht eine Erhöhung der Preise sei. Sie begründet ihr Verlangen damit, daß gerade die Veredelungsprodukte in der bisherigen Handelspolitik unberücksichtigt geblieben seien. Die deutsche Landwirtschaft müsse bestrebt sein, wie das bei Brotgetreide, Hafer, Kartoffeln, Fleisch, Milch oder einzelnen Gemüsesorten bereits gelungen sei, allmählich Deutschland vollständig versorgen zu können und auch in anderen Warengruppen die Produktion so zu gestalten, daß wir nur unbedeutende Mengen einzuführen brauchen. Es bleibe der Landwirtschaft gar nichts anderes übrig, als Kontingentierungsforderungen für die Einfuhr zu stellen, wenn man auch wisse, daß eine solche Handelspolitik nur eine Notmaßnahme sei.

Wie schwierig die handelspolitischen Probleme durch die Weltwirtschaftskrise geworden sind, zeigt sich auch bei der Ordnung unserer handelspolitischen Beziehungen mit der Schweiz, die natürlich für unser Grenzland Baden besondere Bedeutung haben. Mehr als zwei Monate hat man gebraucht, um ein Wirtschaftsabkommen zu erzielen, nachdem seit Anfang Februar ein vertragsloser Zustand zwischen beiden Staaten bestand. Dieses Abkommen ist aber auch nur ein Provisorium, in Kraft tretend am 17. November und zunächst gültig bis Ende März, und es wird noch ein weiter Weg bis zur Wiederherstellung wirklich geordneter Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz sein, wozu die völlige Beseitigung

der schweizerischen Kontingente Voraussetzung wäre. Die Schweiz hat nun erhöhte Kontingente zugestanden gegen Herabsetzung deutscher Zölle auf verschiedene Waren. Während die schweizerischen Einfuhrkontingente für bestimmte Waren nur eine Einfuhr von durchschnittlich 20 Prozent (im Vergleich zu 1931) aus Deutschland zulassen, sind diese Anteilssätze nun im allgemeinen auf 40 Proz. heraufgesetzt worden. Bei andern deutschen Waren darf keine Verkleinerung der Kontingente mehr erfolgen, Zugeständnisse, die immerhin doch die deutsche Ausfuhr nach der Schweiz nun etwas erleichtern werden. Außerdem hat Deutschland Erleichterungen im Devisenverkehr für Waren und für Reisen zugestanden, während auch die Schweiz verschiedene Zölle ermäßigte.

Auch an dem handelspolitischen Verhältnis Deutschlands mit Holland ist Baden erheblich interessiert. Schon wegen seiner Handelsverbindungen durch die Rheinschiffahrt, aber auch deshalb, weil von den Kontingentierungsplänen der für Gemüse besonders Baden wegen seiner günstigen klimatischen Lage in Deutschland und wegen der noch großen Möglichkeiten der Vergrößerung des Frühgemüseanbaus gerade in unserem Land betroffen. In Holland selbst, wo angeichts der deutschen Kontingentierungspläne eine starke Boykottbewegung gegen deutsche Waren eingeleitet wurde, sieht man die Dinge etwas ruhiger an. Es hat sich jetzt, und zwar unter Beteiligung des „wirtschaftlichen Abwehrausschusses der niederländischen Landwirtschaft und der Gartenbauorganisationen“, zusammen mit den industriellen Organisationen ein Zentralinstitut zur Förderung des normalen Handelsverkehrs zwischen Holland und Deutschland gebildet. Man denkt an den Weg des Güterausstausches (Warenclearing), wozu Büros in Haag und in Düsseldorf errichtet werden sollen. Ebenso hat eine Versammlung der niederländischen Handelskammern sich für eine derartige Zentralisation des Warenaustausches ausgesprochen und ein Vorbereitungsausschuß gegen die bekannnten Boykottbewegungen Stellung genommen. Die holländischen Käufer sollen sich mit den deutschen Käufern über den Bezug bestimmter Prozentanteile von Waren einigen.

In Schweden, das im vorigen Jahr etwas über 4 Proz. der gesamten deutschen Ausfuhr aufnahm und etwas über 2 Proz. der englischen, sieht Deutschland gegenwärtig besonders mit England in Konkurrenz. Eine deutsche Abordnung soll in Stockholm Vorbesprechungen über eine Erneuerung und Umgestaltung des Handelsvertrags aufnehmen, während gleichzeitig eine schwedische Delegation in London verhandelt. Deutschland hat das Butterkontingent von 6800 Tonnen auf 4300 Tonnen beschränkt, jedoch dabei als Gegengabe Zollerleichterungen in Aussicht gestellt. Aber die deutschen Kontingentierungspläne beziehen sich auch noch auf andere schwedische Exporte. England hat den ungünstigen Eindruck, den das großbritische Wirtschaftsabkommen von Ottawa mit der Bevorzugung der Waren aus dem Empire gemacht hat, durch eine Propagandareise des Prinzen von Wales abzuschwächen versucht. Während die deutsch-schwedische Handelsbilanz für Deutschland aktiv war, war Englands Handelsbilanz mit Schweden passiv. Schweden bezieht etwa ein Drittel seines Einfuhrbedarfs aus Deutschland und setzt nur ein Zehntel seiner Ausfuhr bei uns ab. Schweden kauft weniger von England, denn über ein Viertel seiner Ausfuhr geht nach England, während es nicht ganz 15 Proz. seines Einfuhrbedarfs in England deckt. England will nun unter Hinweis auf seine Bedeutung als Kunde seine Lieferungen nach Schweden erhöhen und wird ihm wahrscheinlich günstige Angebote machen, um Deutschland dort zurückzudrängen. Übrigens handelt es sich bei der schwedischen Ausfuhr nach Deutschland überwiegend um industrielle Rohstoffe, vor allem Eisen, Erz und Holz, wogegen die Lebensmittelausfuhr nach Deutschland erheblich zurücktritt.

Ferner finden gegenwärtig zwischen Deutschland und Österreich Verhandlungen statt, in denen die Grundzüge des kommenden Handelsvertrags besprochen werden. Die eigentlichen Verhandlungen sollen erst im Dezember beginnen. Deutschland hat sich bereits zur Gewährung von Vorzugszöllen sowohl für agrarische wie für industrielle Produkte bereit erklärt, und Österreich will vor allem Erleichterung für die Einfuhr von Rundholz, Kalkereiprodukten und Mastvieh nach Deutschland, sowie auch für manche Industrieerzeugnisse, vor allem Holzprodukte. Deutscherseits wird man wahrscheinlich Höchstkontingente mit der Möglichkeit nachträglicher Abänderungen zugestehen bereit sein. Übrigens will man in Wien gleichzeitig auch mit Frankreich und Polen über Vorzugszölle verhandeln, die bekanntlich auf der Konferenz von Stresa die Hauptrolle spielten, da diese Konferenz der Notlage der südöstlichen Agrarstaaten galt. Österreich hat bekanntlich ein außerordentlich starkes Handelspassivum (800 bis 1000 Millionen Schilling jährlich.) Deutschland aber ist bei weitem das wichtigste Land für den österreichischen Außenhandel und Absatz.

Welche Entwicklung die Lage angenommen hat, das zeigt die Tatsache, daß es in der letzten Zeit auch zu innerdeutschen Auseinandersetzungen wegen des Ablasses mit Holz gekommen ist und die übrige süddeutsche Holzwirtschaft gegen ein „württembergisches Holz-Dumping“ Stellung genommen hat. Die württembergische Staatsforstverwaltung hat zur Hebung des Schnittwarenablasses nach außerwürttembergischen Ländern, vor allem nach Rheinland-Westfalen, sich zu Gewährung von Rabatten auf Rundholz aus welchem Schnittware hergestellt wird,

die außerhalb Württemberg abgesetzt wird, für die Zeit vom 1. bis zum 30. September nächsten Jahres bereit erklärt. Von badischer Seite (Badischer Waldbesitzerverband) wurde an die Staatsforstverwaltung bereits die Bitte gerichtet, daß sich Baden nicht auf solche Maßnahmen einlassen dürfe, um nicht den langsam sich bessernden Markt zu beunruhigen. Ebenso ist von Seiten des bayerischen Industriellenverbandes Protest gegen ein solches innerdeutsches Dumping, da der bayerischen Holzwirtschaft ernste Absatzgefährdung drohe, erhoben, und von der bayerischen Regierung verlangt worden, sie möge auf eine Aufhebung der württembergischen Verordnung hinwirken, da durch ein solches Ausführprämienystem dem übrigen süddeutschen Waldbesitz größter Schaden entstehen müsse.

Der Auftrag des Reichspräsidenten Reichsregierung und Parteien

Nachdem sich am Mittwoch in einer mehrstündigen Sitzung die Mitglieder der Reichsregierung nach einer offiziellen Verlautbarung darauf geeinigt hatten, an dem vom Kabinett eingeschlagenen Weg festzuhalten und unter Ablehnung einer Demission des Gesamtkabinetts oder einzelner seiner Mitglieder den Gedanken der sogenannten nationalen Konzentration auch weiterhin zu verfolgen, wurde Reichskanzler v. Papen Donnerstag nachmittag 5 Uhr vom Reichspräsidenten empfangen. Über diese Unterredung wurde folgendes amtliche Kommuniqué veröffentlicht:

„Reichspräsident von Hindenburg nahm heute den Vortrag des Reichskanzlers von Papen über die Auffassung des Kabinetts zur innerpolitischen Lage entgegen. Der Reichspräsident betonte, daß er an dem der Bildung der Regierung von Papen zugrunde liegenden Gedanken einer nationalen Konzentration auch weiterhin festhalte. Dementsprechend beauftragte er den Reichskanzler, in Besprechungen mit den Führern der einzelnen in Frage kommenden Parteien festzustellen, ob und inwieweit sie gewillt seien, die Regierung in der Durchführung des in Angriff genommenen politischen und wirtschaftlichen Programms zu unterstützen.“

Die Besprechungen mit den Parteien sollen um die Wochenende beginnen. Der Kreis der in Frage kommenden Parteien ist im einzelnen dem Kanzler überlassen worden. Das politische Programm, das die Grundlage der Besprechungen bilden soll, erstreckt sich in erster Linie auf die Verfassungsreform, die neben den großen wirtschaftlichen Fragen in der nächsten Zeit das Hauptproblem sein wird.

Die Besprechungen mit den Regierungschefs der Länder beginnen heute, Freitagnachmittag, zunächst mit einer gemeinsamen Besprechung des Reichskanzlers mit den Vertretern von Bayern, Württemberg, Baden und Sachsen. Es war von vornherein nicht in Aussicht genommen, eine gemeinsame Konferenz aller Ländervertreter abzuhalten, vielmehr nur mit Bayern, Württemberg und Baden eine solche Besprechung verabredet. Dann ist nach Sachsen hinzugekommen. Die Vertreter der übrigen Länder werden — soweit sie den Wunsch haben — vom Kanzler einzeln empfangen.

Sozialdemokratische Kampfanzeige. Der Parteiausführer der Sozialdemokratischen Partei sagte, wie gemeldet, am Donnerstag. Eine Mitteilung besagt, daß es für die Sozialdemokratische Partei nach wie vor nur den schärfsten und rücksichtslosesten Kampf gegen die jetzige Reichsregierung und ihre Pläne gäbe. Die Reichstagsfraktion wird am Donnerstag, den 17. November, zusammenzutreten und in diesem Sinne weitere Beschlüsse für ihr Vorgehen im Reichstag fassen. Bisher ist die Einbringung von Anträgen auf ein Ausführungsgesetz zum Artikel 48 der Reichsverfassung, ferner auf Erlass einer Amnestie, auf Aufhebung der Sondergerichte, auf Erhöhung der Unterstützung für die Arbeitslosen, auf Umbau der Wirtschaft usw. in Aussicht genommen.

Der Zwischenfall in Genf

Die politische Spannung in der Westschweiz

Die blutigen Zwischenfälle, die sich in der Nacht zum Donnerstag in Genf ereigneten, haben ihren tiefsten Grund in der ungleichen Spannung, die seit längerer Zeit latent zwischen den bürgerlichen Gruppen und der sozialistisch-kommunistischen Bewegung in Genf besteht. Die Niederlage, die kürzlich die sozialistisch-kommunistische Bewegung in einer von ihr beantragten Volksabstimmung über Steuerbefreiung aller Einkommen unter 7000 Franken erlitten hatte, und die Angriffe, die ihr Führer Nicole in immer stärkerem Maße in dem Arbeiterblatt „Travail“ gegen die Verwaltung und das Bürgerturn richteten, hatten eine Gegenströmung hervorgerufen, die schließlich zur Einberufung einer großen öffentlichen Versammlung unter Führung der konservativ-bürgerlichen Bewegung, der Union Nationale führte. Nicole hatte zunächst an die Behörden die Aufforderung gerichtet, diese Versammlung nicht zuzulassen, eine Aufforderung, der der Staatsrat nicht nachkommen zu können glaubte.

Von sozialistischer Seite wurden — wie aus Genf berichtet wird — Vorbereitungen getroffen, die Versammlung zu verhindern. Bei den Kundgebungen hielt Nicole, der offizielle Führer der Genfer Sozialisten, eine Ansprache, worin er erklärte, daß die Stunde für die Revolution geschlagen habe. Er forderte die Masse auf, nicht von der Straße zu weichen. Die Polizei erwies sich als machtlos. Es wurde deshalb Militär in Marsch gesetzt. Die Menge griff das Militär an und verlegte eine Anzahl Soldaten. Erst als das Militär schoß, zog sich die Menge zurück. Nicole wurde verhaftet.

In Basel, Bern und Zürich fanden am Donnerstagabend kleinere sozialistische und kommunistische Kundgebungen gegen die Genfer Vorfälle statt, die jedoch in aller Ruhe verhiessen. Die Behörden haben die Alarmbereitschaft von Militär angeordnet. Es wurde schon der Generalstreik angedroht.

Überall Ruhe in der Schweiz

Basel, Bern, 11. Nov. (Tel.) Die Nacht zum Freitag ist in Genf und in der übrigen Schweiz vollkommen ruhig verlaufen. Die Truppenaufgebote brauchten nirgends einzugreifen. — Der Schweizerische Gewerkschaftsbund will sich in die Genfer Affäre nicht einmischen; er betrachtet diese Vorgänge als Angelegenheit der Genfer Sozialisten.

Bei kommunistischen Demonstrationen in der isländischen Hauptstadt Reykjavik wurden 20 Polizeibeamten verletzt.

Umbenennung von Selschas. Die Regierung von Selschas hat dem Völkerbundsekretariat mitgeteilt, daß dieses Land amtlich den Namen „Südöstliches Arabien“ angenommen habe.

In der argentinischen Provinz Cordoba hat ein Erdbeben in verschiedenen Dörfern Sachschaden angerichtet.

Außenpolitische Debatte im Unterhaus

Der neue englische Plan

Im englischen Unterhaus fand am Donnerstag die mit großer Spannung erwartete außenpolitische Debatte statt. Major Attlee brachte einen Antrag der Arbeiteropposition ein. Es treffe nicht zu, daß die deutsche Forderung auf Gleichberechtigung in einem ungeeigneten Augenblick vorgebracht worden sei. Jedermann erkenne seiner Meinung nach an, daß England grundsätzlich Deutschland die Gleichberechtigung nicht verweigern könne. Allerdings sei fraglich, ob Gleichheit Abrüstung oder Aufrüstung bedeuten werde.

Der Staatssekretär des Äußern, Sir John Simon, erklärte u. a.:

Mit Bezug auf die Regelung der Schwierigkeiten, die sich aus der deutschen Gleichberechtigungsforderung ergeben, regt die britische Regierung an, daß Hand in Hand mit einem fairen Entgegenkommen in Deutschlands Anspruch auf den Grundsatz der Gleichberechtigung die europäischen Staaten sich in einer feierlichen Zusicherung vereinen sollten, daß sie unter keinen Umständen versuchen werden, irgendwelche gegenwärtigen oder künftigen Schwierigkeiten unter sich durch Zugriff auf Gewalt zu lösen. Die Anerkennung des moralischen Rechtes Deutschlands auf Gleichheit der Behandlung mit anderen Nationen brächte für Deutschland u. a. die Annahme dieser entsprechenden Verpflichtung mit sich.

In einer Abrüstungskonvention müßten auch die Beschränkungen der deutschen Rüstungen enthalten sein. Das bedeute, daß die Teile des Versailler Vertrages, die gegenwärtig Deutschlands Waffen und Streitkräfte beschränken, außer Kraft gesetzt würden. Die Dauer der Konvention müßte für alle Nationen gleich sein.

In der Frage der Kriegsmaterialien habe Deutschland erklärt, es habe keine Absicht, aufzurüsten, sondern wünsche lediglich, daß grundsätzlich die Art der Rüstungen, die anderen Ländern gestattet ist, nicht ihm selbst verboten sei. Wenn Gleichberechtigung eingeräumt werden soll, dann müsse dieses Prinzip anerkannt werden. Gleichberechtigung, wie sie die gegenwärtige deutsche Regierung verfolge und auslege, bedeute die Frage der erlaubten Waffen und die Frage der Reorganisation der deutschen Streitkräfte. Eine Zusammenkunft von Angesicht zu Angesicht sei nach wie vor nötig, um eine Grundlage zu finden, auf der Deutschland zur Konferenz in Ghern zurückkehren könne. Das britische Ziel sei, Deutschland zur Abrüstungskonferenz zurückzubringen.

W.D. London, 11. Nov. (Tel.) Wie Neuter aus Parlamentskreisen hört, geht der britische Vorschlag dahin, unter keinen Umständen zur Gewalt zu greifen und vor allem die europäische Lage zu berücksichtigen. Die Besorgnisse, die vor allem hinsichtlich des Problems der deutschen Ostgrenzen in so vielen Teilen Europas herrsche, sei dabei berücksichtigt worden. Es sei zweifelhaft, ob einige Verträge, denen Großbritannien nicht beigetreten ist, Deutschland ausreichend verpflichten, wegen seiner Ostgrenzen nicht zur Gewalt zu greifen. Mit einer einfachen Erklärung über Deutschlands Grenzverhältnisse und mit der Deutschland zugestandenen Gleichberechtigung hoffe man, den Geist der Verbitterung und der Erbitterung in der deutschen Öffentlichkeit zu verdrängen und eine ruhigere Auffassung in Deutschland zu stärken. Man müsse Deutschland zuerst gerechte Behandlung zuteil werden lassen, von der es gegenwärtig noch nichts merke, dann müßte man eine Gewähr dafür verlangen, daß es ein solches Entgegenkommen nicht ausnütze, um den Frieden Europas zu stören. Über die Wiederteilnahme Deutschlands an der Abrüstungskonferenz sollen Verhandlungen zwischen Simon und Hoeseh in London aufgenommen werden.

Französischer Abrüstungsplan wird am 15. November veröffentlicht

W.D. Paris, 11. Nov. (Tel.) „Reit Parisien“ kündigt an, daß der französische Abrüstungsplan wahrscheinlich am Dienstag in Genf eingebracht und veröffentlicht wird. Bei der redaktionellen Abfassung sei allen Einwendungen Rechnung getragen worden, die im Obersten Rat für nationale Verteidigung gemacht wurden. „Reit Parisien“ glaubt, daß der Plan in seiner letzten Form gleiche Bestimmungen in der Abrüstungsfrage, nicht aber numerische Gleichheit vorzieht.

Eine französische Wirtschaftskommission, unter Führung des Unterstaatssekretärs Patenôtre, ist heute, Freitagvormittag, in Berlin eingetroffen und hat im Hotel Adlon Wohnung genommen.

Die „Edd. Arbeiterzeitung“ ist vom Stuttgarter Amtsgericht beschlagnahmt worden. Das württembergische Innenministerium hat außerdem das Blatt wegen Ausfühungen hochverräterischen Inhalts verboten, und zwar bis 19. d. M.

Verfahren gegen Brodat eingestellt. Wie das Berliner „Achtuhrauböhl.“ berichtet, hat die Staatsanwaltschaft I in Berlin das Verfahren, das gegen den W.G.-Direktor Brodat wegen angeblicher Begünstigung der Stareks geführt wurde, eingestellt.

Die Kommunalkonflikte in Oldenburg. Die Amtsenthebung des deutschen nationalen Bürgermeisters Dr. Stoffregen in Cutin durch den nationalsozialistischen Regierungspräsidenten Böhmer ist zurückgenommen worden. Der Bürgermeister hatte ein Ultimatum an das Ministerium in Oldenburg gestellt, in dem er gefordert hatte, unverzüglich wieder in sein Amt zurückkehren zu dürfen, sonst werde sein Rechtsvertreter zum Reichsinnenministerium fahren. Stoffregen hat erklärt, er werde gegen sich die Einleitung eines Disziplinarverfahrens beantragen und bis zum Abschluß des Verfahrens um seine Beurlaubung bitten.

Kleine Chronik

Der am Donnerstag in New York eingetroffene Lloyd-Dampfer „Bremer“ legte die Fahrt von Cherbourg ab in 4 Tagen 16 Stb. 43 Min. zurück; der bisherige Rekord der „Europa“ ist um 23 Min. unterboten.

In der Kruppstraße in Mülheim a. d. Ruhr fuhr ein Rotorad in ein 18 Mann starkes Tambourlopps des kathol. Jungmännervereins hinein, wodurch 5 Personen mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Der Lenker versuchte zu entkommen. Es handelt sich um einen Kaufmann aus Dortmund.

Im Bremer Sprengstoffprozeß wurden 6 Angeklagte zu Zuchthausstrafen von 2½ bis 8 Jahren verurteilt.

Mehrere Personen, die Donnerstag früh auf einer Schlammlohlenhalde bei Banne-Gidel Kohlen entwendeten wollten, wurden verhaftet; 3 Personen kamen ums Leben.

Ein Heim für schwer erziehbare Kinder in Wadenswil im schweizerischen Kanton Zürich ist Donnerstag früh niedergebrannt; 12 Kinder verbrannten.

Nach einer Meldung aus Sabanna sollen bei einem Orkan auf den Canaquey-Inseln 300 Menschen umgekommen sein.

Verordnung über die Jugendwohlfahrt
Erparnisse bei der Fürsorgeerziehung

Die nun veröffentlichte Verordnung über die Jugendwohlfahrt geht auf Vereinbarungen zurück, die zwischen dem Reich und den Ländern getroffen wurden und denen der Wunsch der Länder zugrunde lag, Erparnisse bei der Durchführung der Fürsorgeerziehung zu machen.

Die Fürsorgeerziehung ist im wesentlichen Angelegenheit der Länder. Diese haben sich aber außerstande erklärt, die Mittel für die Durchführung noch weiter aufzubringen. Bisher war nach dem Reichsgesetz bestimmt, daß Jugendliche nur bis zum 18. Lebensjahr, in Ausnahmefällen auch bis zum 20. Lebensjahr, der Jugendfürsorge überwiesen werden konnten. Diese Altersgrenze ist jetzt auf 18, allerhöchstens 19 Jahre herabgesetzt worden. Dadurch hofft man, erhebliche Erparnisse zu erzielen. Allerdings sind diese Bestimmungen nicht starr gefaßt. Es soll den Ländern überlassen bleiben, entweder im Gesamttrahmen oder in Einzelfällen auch bei der bisherigen Übung zu bleiben. Eine weitere Neuerung gegenüber dem bisherigen Reichsgesetz besteht darin, daß in Zukunft auch schulpflichtige Jugendliche und vorschulpflichtige Kinder der Fürsorge überwiesen werden können, wenn die allgemeinen Voraussetzungen dafür gegeben sind.

Literarische Neuerscheinungen

Die Gegenwart im „Großen Meyer“. Wer sich ein Lexikon nicht nur als Schranzgerde, sondern zur täglichen Benutzung anschafft, braucht zweierlei: ein Wort, das einerseits von A-Z vollständig vorliegt, und das andererseits ganz auf der Höhe der Zeit steht. Es liegt in der Natur der Sache, daß man selten beide Voraussetzungen in einem Werk vereint findet, denn das Erscheinen der großen Nachschlagewerke erstreckt sich naturgemäß über Jahre. Wir haben das Glück, jetzt eine solche vollständig und in jeder Hinsicht moderne Enzyklopädie zu besitzen: die 7. Auflage von Meyers Lexikon. Zwölf Hauptbände breiten den gesamten Wissensstoff unserer Zeit vor uns aus, so daß man auch am Schluß des Alphabets nie vergeblich sucht. Was sich in Politik und Wirtschaft, Technik und Geistesleben seit dem Erscheinen dieser Bände (1925-1932) neu geformt hat, das bietet uns ein dreibändiger Nachtrag, dessen zweiter Band soeben erschienen ist: Meyers Lexikon, 7. Auflage in vollständig neuer Bearbeitung, Band XIV (weiterer Ergänzungsband), Engler-Verlag, etwa 12300 Stichwörter und Artikel mit rund 300 Textabbildungen und 67 Tafeln, Karten und Beilagen. In Salzböden geb. 28 RM. Verlag Bibliographisches Institut W. G. Leipzig. Es ist gewiß nicht leicht, gegenwärtig, wo alles in rasendem Fluße ist, zu einem Lexikon eine Ergänzung zu schaffen. Um so mehr muß man es bewundern, wenn sogar die jüngsten Ergebnisse schon in einem Nachschlagewerk zu lesen sind, das doch immerhin Wochen braucht, um bearbeitet, gedruckt und gebunden zu werden. Alle Hochachtung daher vor der Schriftleitung, die die Europäischen Konferenzen bis Lausanne und Genf, Frankreichs Gegenwartsgeschichte bis über die letzten Wahlen hinaus, und sogar die Lebensgeschichte bekannter Persönlichkeiten bis heute dargestellt hat: sei es Hindenburg oder Hitler, Herriot oder Krupstaja, Greta Garbo oder Jizaki. Was wissen Sie über die katalanische Separatistenbewegung, über irische Literatur in englischer Sprache, über Sandhatalant, Inaugemus, Fleckarbeit, Fernsehen, Kernphysik und Korrosion? Sie sehen, das ist keine überflüssige Ergänzung toten Wissensstoffes, sondern eine Zusammenballung aller Errungenschaften und Erkenntnisse unserer Zeit! Wo das Wort zur Erklärung nicht ausreicht, da findet man klare technische Zeichnungen, Tafeln mit instruktiven Photos, übersichtliche Karten und prachvolle Farbdrucke. Wohl zum ersten Male sind hier die deutschen Gerichtsakten dargestellt; kein anderes Lexikon bietet solche Wunder der Farbenpracht, wie wir sie auf den Tafeln der modernen Glasmalerei, der Kolibri- und Keramiktfinden. So darf man nicht nur den Besitzern des Hauptwerkes diesen Ergänzungsband empfehlen, sondern jedem geistig interessierten Menschen wünschen, daß er sich den ganzen „Meyer“ mit Haupt- und Ergänzungsbänden anschaffen kann!

Walter Bloem: Hindenburg der Deutsche. Mit 57 Originalzeichnungen von Arthur Kampf auf 48 Tafeln und im Text rund 870 Seiten Großformat. (In Ganzleinenband 11,40 RM. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin SW 61.) — Das Buch ist keine Biographie, wie es denen über Hindenburg schon viele gibt. Walter Bloem gibt nicht eine Aneinanderreihung von Heldentaten, bei denen der Feldmarschall der aufopfernden Mitarbeit vieler Tausender bedurfte, noch von Staatsaktionen, bei denen die sachkundige und verantwortliche Mitarbeit der Ministerien erforderlich war. Nein! Walter Bloem ist andere, neue Wege gegangen. Er hat den Quellen und den treibenden Kräften in Hindenburgs Wesen nachgespürt, die Zusammenhänge aufgedeckt, die großen Ziele hergestellt und nicht nur die Erfolge gerühmt, sondern auch die Ursachen von Mißerfolgen beleuchtet. Er hebt die ausschlaggebende Hilfe Ludendorffs im Weltkriege ebenso hervor, wie er die Mitarbeit von Staatsmännern wie Stresemann und Brüning während der Präsidentschaft in das richtige Licht setzt. Er sieht mit dem geistigen Auge des Dichters ins Innere Hindenburgs und erkennt die schweren Seelenkämpfe, unter denen der alte preußische General wiederholte Systemwechsel des Reichspräsidenten sich abrang, und unter denen sich Hindenburgs Entwicklung vom „Preußen zum Deutschen“ allmählich vollzog.

Karl Theodor Straffer: Sachsen und Angelsachsen. (Hansische Verlagsgesellschaft, Hamburg.) — Ein fesselndes Bild der frühen niederländisch-englischen Geschichte. Das Jahrtausend sächsischer Frühzeit, das vor uns erzieht, führt zu den Wurzeln deutscher Kraft, aus denen der mächtige angelsächsische Zweig entsprossen ist. Wohl kennen wir die Helden — Otto den Großen, den genialen Alfred, Heinrich den Löwen —, den Großen, den genialen Alfred, Heinrich den Löwen —, der aber weiß von den Wanderungen, Taten, Kämpfen der Stämme, wer weiß die historischen Tatsachen von jenem kleinen Volk zwischen Weiser und Ober, das berufen gewesen ist, die Geschichte der Welt zu formen? Wir kennen den Machtwort der Engländer, die kriegerische Macht der Preußen, die Eigenwilligkeit der Niederländer. Sachsen und Angelsachsen sind es, die Amerika, Kanada, Australien, Afrika für Europa erschlossen. Wie aber hat es sich zugezogen, daß aus dem alten sächsischen Bauernvolk solche die Welt gestaltende Kraft ausging? Die Antwort gibt Straffer in seinem Buch, das, auf vielen historischen Quellen aufgebaut, diese Geschichte, die man eine Geschichte aus Traum und Tat nennen kann, in hinczigen Worten schildert. Dieses Buch ist ein männliches Buch, das in die Hände der Jugend, in die Hände der Erzieher gehört, das alle Deutsche, die nicht nur unsere Vergangenheit lieben, sondern als gegenwärtige Menschen an der deutschen Politik teilnehmen, lesen müssen. Denn die Angelsachsen in England sind heute die Exponenten der Umgestaltung der Welt, die nur geschaffen werden kann aus alter deutscher sächsischer Kraft.

Einwohnerzahl. In Wertheim ergab die Personenstandsaufnahme 3872 Einwohner, also 200 mehr als bei der Volkszählung 1925.

Der Preußenkonflikt vor dem Reichsrat

Eine Erklärung der preußischen Regierung

Nach mehrmonatiger Pause trat am Donnerstagabend der Reichsrat wieder zu einer Vollsitzung zusammen. Nachdem Herr von Gayl die Sitzung eröffnet hatte, nahm Ministerialdirektor Dr. Bracht das Wort, um für die preußische Staatsregierung eine Erklärung abzugeben.

Durch ein mit der Reichsverfassung im Widerspruch stehendes Vorgehen der Reichsregierung sei der Reichsrat an der Ausübung seiner Pflichten bisher gehindert worden. Der Redner kommt dann auf das Urteil im Staatsgerichtshofprozess Preußen gegen das Reich zu sprechen und gibt in kurzen Umrissen den Urteilspruch nochmals bekannt. Die Reichsregierung führe die darin enthaltenen grundsätzlichen Gesichtspunkte nicht durch und bezeichne die Reichskommissare weiter als kommissarische „Landesregierungen“, also als Ersatz der Landesregierungen, die unter der Dienstbezeichnung preußischer Minister und des preußischen Staatsministeriums ihre Schreiben, Verfügungen und Verordnungen erlassen. Auch sonst verlege die Reichsregierung der preußischen Staatsregierung die Wiedereinsetzung in ihre Ämter als Landesregierung noch immer in weitem Umfange. Dr. Bracht richtete namens der preußischen Staatsregierung an die Reichsregierung die dringende Forderung, die unberechtigten Sondermaßnahmen in Preußen aufzugeben, mindestens aber die Entscheidung des Staatsgerichtshofs durchzuführen.

Reichsinnenminister von Gayl erklärte in Erwiderung die Angelegenheit als nicht vor den Reichsrat gehörig, es sei vielmehr Sache der Vereinbarung zwischen den Beteiligten, das sind das preußische Staatsministerium und der Reichskommissar. Der Reichszentralrat habe die lokale Durchführung des Urteils zugesagt. Die darüber schwebenden Verhandlungen würden demnächst zum Abschluß kommen.

Namens der bayerischen Regierung sprach sich Dr. v. Freger für prompte Erledigung der Angelegenheit im Sinne des Urteils aus. Schließlich müßten die Beteiligten unter sich selbst einig werden. — Der württembergische Gesandte stimmte dem zu.

Die Vertreter Sachsens, Hessens, Hamburgs und der Rheinprovinz gaben Erklärungen ab, in denen der Wunsch ausgedrückt wird, daß es gelingen möge, das Urteil lokal durchzuführen, und daß es hoffentlich gelingen werde, in der Sams- tagssitzung die Meinungsverschiedenheiten beizulegen.

Reichszentralrat von Papen hat an den preußischen Ministerpräsidenten Braun einen Brief geschrieben, in dem er sich ihm für eine persönliche Aussprache über die Fragen zur Verfügung stellt, die in dem bekannten Schreiben Dr. Brauns an den Reichspräsidenten behandelt werden.

Die Reichsbahn zu den Wünschen auf Tarifermäßigung

Zu den Wünschen auf Ermäßigung der Reichsbahntarife, für die sich auch der Verkehrsaußschuß des Deutschen Industrie- und Handelsverbandes ausgesprochen hat, wird auf Anfrage von der Reichsbahnverwaltung erklärt, daß angesichts der finanziellen Lage des Unternehmens derzeitige Anregungen nicht entsprechen werden können. Die Erleichterungen der Reichsbahn auf Grund des Laufnehmer Abkommens reichen noch nicht aus, um das Defizit zu decken. Auch durch Heranziehung der Steuerentfines beständen keinerlei Möglichkeiten für Tarifermäßigungen, da die Steuerentfines bestimmungsgemäß lediglich zur Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Deutschen Reichsbahngesellschaft verwendet werden könnten.

Badischer Teil

Badischer Landtag
Die Eröffnung der neuen Tagungsperiode am Dienstag

Die Tagesordnung der ersten Sitzung der neuen Landtagsperiode am Dienstag, den 15. November, vormittags 11 Uhr, umfaßt folgende Punkte:

1. Wahl des Präsidenten, der beiden Vizepräsidenten und der 6 Schriftführer des Landtags (§§ 10, 11 GesChD.).
2. Wahl der Mitglieder der ständigen Ausschüsse (§ 17 GesChD.).
3. Mitteilung der Eingänge.
4. Mündliche Berichte des Landständischen Ausschusses des Landtags 1931/32 an den Landtag und Beratung über die Prüfung folgender Rechnungen für das Rechnungsjahr 1931: a) der Amortisationskasse, Berichterstatter Abg. Seubert; b) der Domänengrundstoffs, Berichterstatter Abg. Hoffeinz; c) der Wohnungsfürsorge und des Bürgerstifts, Berichterstatter Abg. Seubert.

Die Wahl des Innenministers und des Staatspräsidenten findet in einer späteren Sitzung statt. Der Landtagsöffnung voraus gehen die üblichen Gottesdienste in der St. Stephanuskirche für die katholischen und in der Kleinen Kirche für die evangelischen Mitglieder des Hauses. Unmittelbar vor der Sitzung wird der Vertrauensmännerauschluß tagen.

Krisenfürsorge

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Der Präsident des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland hat die bisher für Gemeinden mit weniger als 10000 Einwohnern bestehenden Beschränkungen im Personenkreis der Krisenfürsorge mit Wirkung ab 14. November 1932 aufgehoben. Damit sind in diesen Gemeinden nun auch die Gärtner und Gartenarbeiter, die Angehörigen der Gesundheits- und Körperpflege, des Reinigungsgewerbes, des Gast- und Schankwirtschaftsgewerbes, sowie der Berufsgruppe 23a (Sohnarbeit wechselnder Art) zur Krisenunterstützung zugelassen. Bei heiratenden Frauen wird allgemein auf die Voraussetzung verzichtet, daß sie überwiegend Ernährer ihrer Familie sind.

Der Zugang zum wissenschaftlichen und künstlerischen Lehramt an höheren Schulen in Baden

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Bei der bestehenden Überfüllung wird auch an Ostern 1933 die Aussicht, die Anwartschaft auf Anstellung im wissenschaftlichen und künstlerischen Lehramt in Baden zu erlangen, nicht eröffnet werden.

Kreiswahlausschuß des 32. Reichstagswahlkreises

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

** Am Samstag, 12. November 1932, vormittags 10 1/2 Uhr, findet im großen Sitzungssaal des Ministeriums des Innern in Karlsruhe, Schloßplatz 19, 3. Stock, die Sitzung des Kreiswahlausschusses des 32. Reichstagswahlkreises zur endgültigen Ermittlung der Abstimmungsergebnisse der Reichstagswahl vom 6. November 1932 statt.

Der Zutritt zur Sitzung steht den Stimmberechtigten offen.

Wie steht das Herbstergebnis in Baden aus?

Der 1932er ist von außerordentlicher Güte

Nach den zusammenfassenden Berichten der Zeitschrift „Weinbau und Kellerwirtschaft“ kann über den 1932er folgendes gesagt werden:

Im Bodenseegebiet ist man mit dem Herbstergebnis auch mengenmäßig zufrieden. Es gab einen Dreiviertel- bis halben Herbst. Als Reife werden 33-40 RM je Hektoliter genannt. Man hält aber mit dem Verkauf zurück. Die letzten guten Weinjahre veranlassen manchen Winzer, seinen Reben wieder eine bessere Pflege angedeihen zu lassen, da der Weinbau wieder nutzbringender erscheint als früher.

In der Markgraffschaft hatten nur einzelne Güter ebenso großen oder noch größeren Ertrag als im vergangenen Jahre. So brachte die Rebanlage des Weinbauinstituts in Mühlheim 30 Hektoliter gegen 21 Hektoliter im Vorjahre und dabei noch von wesentlich besserer Qualität. Die Qualität der Gutedelweine ist allgemein ganz hervorragend und übertrifft nicht nur die des 1929er, sondern auch die des 1921er Jahrgangs. Das Verkaufsergebnis geht bei dieser guten Qualität sehr glatt. Selbst weniger bekannte Orte erhalten 60 RM je Hektoliter. Weine bekannterer Lagen kosten 65, 70 und 80 RM je Hektoliter oder noch mehr.

Im Breisgau findet u. a. 1932er St. Loretto-Klosterreben-Gutedel zu 65 RM leichten Absatz. Auch in älteren Weinen ist in letzter Zeit ein ungewöhnlich starkes Geschäft gegangen. Am Kaiserstuhl liegen die Keller der Wingergenossenschaften voll, und der hier in den Fässern brodelnde Wein verpricht ganz ausgezeichnet zu werden. Es kostet in Ihringen Elbling 58-65 RM je Hektoliter.

In der Ortenau hat der Burgunder am schlechtesten abgedreht; man schätzt den Rotweinertrag nur auf ein Zehntel vom vorigen Jahr. Klebner und Klingelberger blieben allgemein bis zur Ernte gesund. Das Ergebnis dieser Sorte ist besser ausgefallen. Hinsichtlich der Qualität dürften sich die Erwartungen wohl überall erfüllt haben.

Im Taubergrund wird für badische Frankenweine 50 bis 60 RM bezahlt.

Reichsfestung „Baden“

Am 22. November übertragen sämtliche deutschen Sender von 20.30 bis 22 Uhr die Reichsfestung „Baden“. Erstmals wird das Land Baden mit dieser Reichsfestung den Rundfunkhörern in zusammenhängender Form näher gebracht. Die badischen Landleute im übrigen Deutschland und im Ausland werden besondere Freude darüber empfinden, daß die Heimat selbst unmittelbar zu ihnen spricht. Der Badische Verkehrsverband hat sämtliche landsmannschaftlichen Vereine der Badener in Deutschland auf die bedeutsame Rundfunkveranstaltung hingewiesen und gleichzeitig angeregt, diese in den Mittelpunkt eines Heimatabends zu stellen. Hierbei sollen die Einladungen über den Kreis der badischen Landleute hinaus ausgedehnt werden, um recht viele neue Freunde für das Badnerland zu werben.

Konsularische Vertretung Brasiliens

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

** Der zum brasilianischen Generalkonsul in Hamburg ernannte Herr Carlos Ferreira de Araujo ist an Stelle des verstorbenen Generalkonsuls Bento C. do Raco zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden vorläufig zugelassen worden.

Unterhaltungszuschuß der Pfarrkandidaten

Im GesCh- und Verordnungsblatt der Badischen Landeskirche wird ein vorläufiges kirchliches Gesetz veröffentlicht, wonach die Pfarrkandidaten während des ersten Jahres der Probezeit einen Unterhaltungszuschuß von jährlich 1320 RM erhalten können. Die Kirchenregierung bestimmt die Richtlinien, nach denen dieser Unterhaltungszuschuß gewährt wird.

Die Anlage des Sparfassenvermögens

Durch die Verordnung des Staatsministeriums vom 26. Oktober 1932 werden den badischen öffentlichen Sparfassen neue Satzungen vorgeschrieben. Danach dürfen einem einzelnen Kreditnehmer an Personalkredit bis zu 20000 RM, darüber hinaus höchstens nur 1 Prozent der gesamten Einlagen der Sparkasse, keinesfalls jedoch mehr als 100000 RM, gewährt werden. 30 Prozent der Spareinlagen und 50 Prozent der sonstigen Einlagen sind in flüssigen Werken anzulegen, davon mindestens 10 Prozent der Spareinlagen und 20 Prozent der sonstigen Einlagen als Guthaben bei der Badischen Kommunalen Landesbank (Girozentrale).

Handel und Wirtschaft
Devisennotierungen der Reichsbank

	11. November		10. November	
	Geld	Wrie	Geld	Wrie
Amsterdam 100 G.	169.23	169.57	169.23	169.57
Kopenhagen 100 Kr.	72.05	72.22	72.03	72.17
Italien . . . 100 L.	21.55	21.59	21.55	21.59
London . . . 1 Pf.	13.85	13.89	13.82	13.86
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.51	16.55	16.51	16.55
Schweiz . . . 100 Fr.	81.04	81.20	81.05	81.21
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Brag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Börsen und Geldmarkt

Die Entspannung, die nach den Reichstagswahlen eingetreten ist, kam in dieser Woche an der Börse stark zum Ausdruck. Die Entlastung im Reichsbankausweis weckte Hoffnungen bezüglich einer baldigen Diskontsenkung. In dem Ausgang der ameri-

vanischen Präsidentenwahl erklärt die Börse eine besondere Anregung, da Präsident Roosevelt angekündigt hat, daß er für den Zollabbau eintreten werde. Das Geschäft an der Börse war außerordentlich lebhaft. Im Mittelpunkt stand der Rentenmarkt, dessen Werte zum Teil beträchtlich anziehen konnten. Aber auch am Aktienmarkt zeigte sich eine kräftige Aufwärtsbewegung fort.

Nach dem Ultimo hat sich die Entspannung am Geldmarkt ziemlich rasch vollzogen. Bemerkenswert ist die anhaltend günstige Devisenbilanz der Reichsbank, die von einer überparitätischen Bewertung der Mark im Ausland begleitet wird. Bei der Zuteilung von Devisen für Kreditrückzahlungen ist die Reichsbank zur Zeit etwas entgegenkommender. Der Abzahlungsprozess der kurzfristigen Auslandsschulden ist so wieder stärker in Gang gekommen. Auf der anderen Seite klagen aber die Importeure über Devisenmangel. Die Devisenpolitischen Rücksichten sind es auch hauptsächlich, aus denen die Reichsbank mit einer weiteren Diskontsenkung zögert; auch will sie wohl abwarten, wie sich die Refinanzierung der Steuergutscheine weiter entwickelt, die inzwischen an der Börse eingeführt worden sind.

Der Londoner Feingoldpreis

Nach einer Bekanntmachung der Reichsbank (Statistische Abteilung) vom 9. November 1932 beträgt der Londoner Goldpreis am 9. November 1932 für eine Unze Feingold = 124 sh 8 1/2 d. in deutscher Währung nach dem Berliner Mittelfuss für ein englisches Pfund vom 9. November 1932 mit 13,93 RM. umgerechnet = 96,8598 RM., für ein Gramm Feingold demnach = 48,1135 pence, in deutsche Währung umgerechnet = 2,79259 RM.

Aus der Landeshauptstadt

70. Geburtstag. Oberbürgermeister i. R. Siegrist vollendete am 8. November sein 70. Lebensjahr. Er war von 1892 bis 1919 Bürgermeister und später Oberbürgermeister von Karlsruhe. Nach seiner Zurücksetzung widmete er sich in der Hauptsache den durch die Inflation betroffenen Mitbürgern.

Todesfall. In Frankfurt a. M. ist der Universitätsprofessor der Botanik, Dr. phil. Peter Stark, ein gebürtiger Karlsruher, im Alter von erst 44 Jahren gestorben. Die Beisetzung findet in Karlsruhe am 12. November, nachmittags, statt.

Das Ablösungsschild der Karlsruher Notgemeinschaft. Zum erstenmal führte die Karlsruher Notgemeinschaft im Vorjahr ein zur Anbringung an der Wohnungs- oder Haustüre bestimmtes Schild ein, das den Inhaber als Spender zu dem Winterhilfswerk kennzeichnet und den Zweck verfolgt, den überaus starken Hausbettel einzudämmen. Die guten Erfahrungen veranlaßten die Karlsruher Notgemeinschaft auch diesmal wieder ein sogenanntes Ablösungsschild herauszugeben. Das neue Schild hat eine grün-blaue Färbung und trägt eine, in braun-roter Farbe gehaltene Inschrift folgenden Inhalts: „Spende für die Zeit vom 1. November 1932 bis 1. April 1933 entrichtet an die Karlsruher Notgemeinschaft.“ An der linken Seite ist das Schildchen außerdem geschmückt mit dem bekannten Wahrzeichen der Karlsruher Notgemeinschaft, dem über einander gestellten Worte „Not“ mit der emporleuchtenden Flamme. Das Ablösungsschild erhält jeder Spender zum Winterhilfswerk, der eine Mindestgabe von 5 M. entrichtet. Die Spende kann auf einmal oder in 5 Monatsraten zu 1 M. bezahlt werden. Selbstverständlich erhält jeder Spender mit einem Mindestbetrag von 5 M. auch das neue Karlsruher Notabzeichen, das bereits für jede Spende ab 1 M. ausgehändigt wird.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Freitagmorgen: Die Zufuhr kontinentaler Luft aus Nordosten hält an, die trockene Periode ist daher noch nicht beendet, wenn auch vereinzelt unbedeutende Niederschläge auftreten können. — **Vorausgabe:** Fortdauer des bestehenden Witterungscharakters.

Wasserstände: Waldsühl 251 minus 7, Basel 53 minus 12, Neßl 272 minus 10, Mainz 434 minus 11, Mannheim 324 plus 13, Camb 231 minus 5.

Kurse Nachrichten aus Baden

Der Graf Coloredo vor Gericht

Freiburg, 10. Nov. Am zweiten Verhandlungstage im Coloredo-Prozess wurde in der Vormittags-Sitzung die diplomatische Tätigkeit des Angeklagten erörtert. Während der Aussagen Coloredos, die vor allem seine Tätigkeit als Diplomat am Vatikan und in der Schweiz während und nach dem Kriege betrafen, wurde die Öffentlichkeit und die Presse aus Gründen der Staatsicherheit ausgeschlossen.

Anschließend wurde in die Vernehmung der Zeugen eingetreten, bei der als erster der Schweizer Maler vernommen wurde, der eine Reihe von Dokumenten im Auftrage Coloredos gegen Bezahlung angefertigt hatte. Hotelier Haas vom „Jähringer Hof“, bei dem die Verhaftung Coloredos erfolgte, machte längere Angaben über Vorgänge vor der Verhaftung. Danach hat Coloredo mit seiner Frau 6 Wochen lang im „Jähringer Hof“ zu einem Tagespensionsfuß von 35 RM. gewohnt, ohne zu bezahlen. Seine Festnahme sei aber nicht auf seine Initiative, sondern auf Veranlassung der Polizei direkt erfolgt.

Im Verlaufe der Verhandlung erklärte der Vorsitzende, daß die Akten des Prozesses, soweit sie auf den Erdens- und Titelschwindel in Berlin Bezug hätten, an das Berliner Polizeipräsidium weitergeleitet werden.

Gemeinderandschau

Das Mannheimer Arbeitsbeschaffungsprogramm genehmigt. In der Bürgerausschusssitzung in Mannheim wurde die Beschäftigung der Wohnungslossteuer, die in Mannheim als einziger Stadt Bodens noch erhoben wird, in Aussicht gestellt. Nach längerer Aussprache wurde das große Arbeitsdienstprojekt „Entwässerung des Sandtorfer Bruch“ mit knapper Mehrheit angenommen. Dafür stimmten Nationalsozialisten, Zentrum, Evang. Volksdienst und die Gruppen der bürgerlichen Mitte, dagegen die Sozialdemokraten und Kommunisten. Ein kommunistischer Antrag, die Arbeiten durch Erntebroche bei tarifmäßiger Bezahlung durchzuführen zu lassen, konnte nicht zur Abstimmung gelangen, da er nicht mit einem Deckungsanschlag verbunden war.

Bau eines neuen badisch-berghaus Kanals. Man ist — wie aus Weinheim berichtet wird — zur Zeit mit dem Entwurf eines neuen Kanals beschäftigt, der von der badisch-berghaus Grenze über das Nied an den Altheim und von da bis zur Mainpfe gehen soll. Der Plan soll in erster Linie der Entwässerung des Nieds dienen, von Weinheim ausgehen und, bei teilweiser Benutzung des alten Neckararbeits, bei Hinzunahme des Altheim erreichen. Er ist bereits soweit ausgeführt, daß auch die Benutzung des Nieds zu Kraft-, Schiffs- und Siedlungswecken möglich ist. Über 100 000 Morgen Land könnten damit nach dem Projekt von Dr. Dehlinger Kultur- und Siedlungsboden ergeben.

Sparmaßnahmen in Neßl. Der Gemeinderat Neßl hat eine Reihe von Sparmaßnahmen beschlossen: Der Posten des persönlichen Sekretärs des Bürgermeisters wird eingespart, der Betrag von 1200 RM. für die Beschaffung von Materialien für den Berufshilfsunterricht wird gestrichen. Ausgaben für Feste und Feiern werden grundsätzlich nicht mehr bewilligt. Der städtische Fuhrpark soll aufgelöst und die städtischen Fuhrer durch Privatunternehmer ausgeführt werden. Städtische Regiebetriebe sollen in Zukunft nicht mehr geschaffen werden. Den Beamten, deren Gehalt einjährig aller Zulagen den Betrag von 5000 RM. übersteigt, soll nahegelegt werden, vom 1. Okt. 1932 an auf 10 v. H. der den Betrag von 5000 RM. übersteigenden Bezüge, freiwillig zugunsten des Fürsorgeaufwands abzutreten. Die Filial- und Warenhaussteuer soll eingeführt werden. Bei der badischen Regierung soll beantragt werden, die Filialsteuer zu verdoppeln. Sondervergütungen an städt. Beamte werden nicht mehr bewilligt.

Das Strandbad Freiburg. Der Stadtrat Freiburg i. Br. hat den Oberbürgermeister zu der Erklärung ermächtigt, daß sich die Stadt an dem Strandbad an der oberen Dreißan unter bestimmten Voraussetzungen beteiligen werde. Das Stammkapital müsse durch eine Gemeinnützige Gesellschaft mit beschr. Haftpflicht mit mindestens 100 000 RM. aufgebracht

werden, davon 70 000 RM. durch private Geldgeber. Der Bau Aufwand dürfe die veranschlagte Summe von 200 000 RM. nicht überschreiten, seiens des Arbeitsamts müsse eine weitgehende Förderung aus Mitteln der werkschaffenden Arbeitslosenförderung in Aussicht gestellt werden können. Unter diesen Bedingungen sei die Stadt bereit, sich mit bis zu 30 000 RM. an der Gemeinnützigen Gesellschaft zu beteiligen.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.

Bezirksärztl. Stelle in Wiesloch.

Die Bezirksärztl. Stelle in Wiesloch wird mit Wirkung vom 16. November 1932 aufgehoben. Von diesem Zeitpunkt ab werden die Gemeinden des Amtsbezirks Wiesloch der Bezirksärztl. Stelle in Heidelberg zugeteilt.

Karlsruhe, den 10. November 1932.
Der Minister des Innern.
Rüderst, Staatsrat.

Erlaß des Präsidenten des Landesamts Südbadisches Land über die Krisenfürsorge für Arbeitslose.
Vom 10. November 1932.

Auf Grund des Erlasses des Herrn Reichsarbeitsministers über die Krisenfürsorge für Arbeitslose vom 17. Juni 1932 (Reichsarbeitsblatt I, Seite 114) wird hiermit für den Bereich des Landesamts Südbadisches Land folgendes angeordnet:

I. Personkreis.

1. Zum Bezug der Krisenunterstützung werden in familiären Arbeitsamtsbezirken und in allen Gemeinden die Angehörigen aller Berufsgruppen und -arten zugelassen, soweit im folgenden nichts anderes bestimmt wird.
2. Es werden nur solche Arbeitslose zum Bezug der Krisenunterstützung zugelassen, die den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung nach § 99 RMVG. erschöpft haben (Ausgesetzte).
3. Vom Bezug der Krisenunterstützung sind allgemein ausgeschlossen:
 - a) Angehörige der Gruppe „Landwirtschaft“ (militärischen in der Berufsgruppe 1/2 der Arbeitsmarkttatistik) mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Angestellten (militärischen in der Berufsgruppe 1/2 a).
 - b) Angehörige der Berufsgruppe „Hausliche Dienste“ (Berufsgruppe 22).
 - c) Arbeitslose unter 21 Jahren.

II. Inkrafttreten.

Diese Anordnung tritt mit Wirkung ab 21. November 1932 in Kraft. Gleichzeitig treten meine bisherigen Anordnungen über den Personkreis und die Dauer der Krisenunterstützung in Südbadisches Land außer Kraft.

III. Übergangsbestimmungen.

Arbeitslose dürfen nur für die Krisenunterstützung nur dann zugelassen werden, wenn sie nach dem 3. November 1930 aus der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen wurden.

Kälin.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten
Aus dem Bereich des Justizministeriums.

Verstet:

Die Justizinspektoren Ludwig Hoffschlegel bei der Staatsanwaltschaft Mannheim zum Amtsgericht daselbst, Karl Fendbach beim Amtsgericht Mannheim zur Staatsanwaltschaft daselbst, Kanzleireferendar Wilhelm Pfeiffer beim Amtsgericht Karlsruh zum Amtsgericht daselbst, Kanzleioffiziant Ludwig Trunpffeller beim Amtsgericht Karlsruhe zum Amtsgericht Triburg.

Entlassen auf Antrag wegen Übertritts in den Reichsdienst: Justizinspektor Johann Dinkelstein, zuletzt beim Landgericht Heidelberg.

Eine grosse Hilfe für die Hausfrau

die nun ihre Küchenausgaben erheblich senken und dabei ihre Speisen nahrhafter bereiten kann, ist das neue Naturprodukt **EDEL-SOJA**, das an Nährwert unerreicht ist und die Verwendung der teuren Hühnereier sowie teilweise von Fett überflüssig macht. — Zu haben in fast allen Lebensmittelgeschäften und Drogerien zum Preise von 32 Rpf. für das 1/2-Pfund-Paket, 54 Rpf. für das 1-Pfund-Paket. Die wichtigsten Rezepte liegen jeder Packung bei! M.123

Vertreter: Ferdinand Keller, Karlsruhe, Douglasstrasse 1, Fernsprecher 28875

Versteigerung.

Samstag, 12. November, vorm. 11 und nachm. 3 Uhr
verst. i. W. Erteilung u. a. Gr.

Zirkel 27

Kompl. schwarzes Klavier, Taxe 300 RM.
Kompl. Musiksalon u. Sofa u. Sessel
gr. schöner Berliner Terragonca, 2,50 x 3,75, Taxe 350 RM.
antike Schränke und Kommoden und Waschtisch, Toilette,
f. neuer Wohlmutapparat, Stühle, Stühle,
Sofas in Plüsch und Leder, Wand- u. Tischuhren,
Gasherde, Email- und Zinkbadewannen,
f. neuer Herrengepelz Herz und edlt. Gealtr.,
Betten, Kinderbett, Beleuchtungskörper, elektr. Schrank,
Grammophon, Koffertapparat, Mandoline, Klopophon,
Gr.-Platten, Bilder, Spiegel, Bücher u. v. Kleinigkeiten u. n. m. M.127

Schöts können teleph. oder schriftl. abgegeben werden.
Franz J. E. Schöts, Tel. 4852.
Kostenl. Beratung bei Haushaltsordg. und -Aufsög.

Arbeitsvergebung

Für die Instandsetzung der Einfahrt, Gänge und Treppenhäuser in dem Dienstgebäude des Justizministeriums in Karlsruhe, Herrenstrasse 1, sind die — Ränderarbeiten — in öffentlicher Verdingung zu vergeben. Abgabe von Angebotsvordrucken vom 8—11 Uhr im rechten Flügelbau des Justizministeriums, Stephaniensstr. 28, Karlsruhe, den 8. Nov. 1932, solange der Vorrat reicht, Bezirks-Bauamt. C.240

Der Oberbürgermeister der Stadt Baden-Baden

Ablösungsanleihe

Bei der am 29. Okt. 1932 vorgenommenen Ziehung von Auslosungsscheinen der Ablösungsanleihe der Stadt Baden-Baden für 1932 wurden folgende Nummern gezogen:

Lit. A:	Nr. 13, 16, 20, 29, 38, 51, 58, 65, 68, 75, 83, 87, 88, 89, 90, 91, 95, 105, 106, 112, 119, 121, 136, 149, 155, 162, 174, 180, 194, 196, 198, 207, 209, 236, 239, 256, 260, 261, 274, 277, 278, 282, 302, 305, 310, 316, 324, 326, 335, 360, 361, 367, 378, 398, 1855, 1859, 1888, 1900, 1905, 1926, 1930, 1936, 1937, 1939, 2161, 2165.
Lit. B:	Nr. 405, 430, 542, 566, 626, 631, 638, 688, 703, 781, 784, 799, 807, 808, 811, 819, 823, 1687, 1773, 1818, 1837, 2052, 2061, 2106.
Lit. C:	Nr. 855, 885, 917, 951, 955, 1024, 1120, 1139, 1141, 1149, 1983, 1989, 1994.
Lit. D:	Nr. 1209, 1258, 1327, 1348, 1351, 1375.
Lit. E:	Nr. 1423, 1447, 1453.
Lit. F:	Nr. 1543, 1578, 1582.
Lit. G:	Nr. 1636, 2204, 2210.

Die genannten Stücke werden zur Heimzahlung auf den 31. Dezember 1932 aufgerufen. Sie werden zum Fünftel des Nennwerts mit den ab 1. Januar 1926 aufgelaufenen Zinsen mit folgenden Beträgen eingelöst:

Buchst. A mit 84,37 %	Buchst. E mit 1350 %
„ B 168,75 „	„ F 3375 „
„ C 337,50 „	„ G 6750 „
„ D 675,00 „	

Die Einlösung erfolgt neben der Stadt Baden-Baden bei den Vermittlungsstellen, die den Umtausch der Stücke besorgt haben. Mit jedem Auslosungsschein ist ein entsprechendes Stück der Ablösungsanleihe eingeziehen.

Von den Ziehungen der Jahre 1927, 1928, 1929, 1930 und 1931 sind folgende Stücke rückständig:
Von 1927: Lit. B: Nr. 1707.

Bon 1928:	Lit. A: Nr. 49, 100, 193, 362, 1887.
	Lit. B: Nr. 428, 457, 549, 609, 683, 787, 1808, 1810.
	Lit. C: Nr. 1960.
Bon 1929:	Lit. A: Nr. 17, 57, 72, 141, 145, 153, 154, 156, 195, 358, 1868, 1884, 1903, 1913, 1941, 2159.
	Lit. B: Nr. 454, 596, 615, 1767, 1832, 2094, 2105.
Bon 1930:	Lit. A: Nr. 54, 56, 64, 126, 172, 173, 185, 187, 202, 252, 262, 353, 1865, 1879, 1912, 1931.
	Lit. B: Nr. 412, 530, 909, 1783, 1791, 2089, 2100.
	Lit. C: Nr. 991, 1076.
	Lit. D: Nr. 1221.
Bon 1931:	Lit. A: Nr. 3, 63, 92, 110, 113, 146, 157, 159, 190, 225, 263, 300, 376, 395, 1876, 1891, 1901, 1925, 1944.
	Lit. B: Nr. 497, 536, 553, 560, 563, 625, 635, 711, 818, 1839, 2053, 2077.
	Lit. C: Nr. 914, 966, 973, 980, 1974.

Staats- und Gemeindebehörden
sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der Badischen Regierung der

KARLSRUHER ZEITUNG
BADISCHER STAATSANZEIGER

Badisches Landestheater

Samstag, 12. Novemb. 1932
*G7. Th.-Gem. 1201—1300

Neu einstudiert
Florian Geyer
Tragödie
von Gerhart Hauptmann
Regie: Baumbach

Mitwirkende:
Bertram, Ermarth, Frauen-dorfer, Genter, Baumbach, Brand, Dahlen, Ernst, Gemmede, Herz, Hiet, Köder, Hofpach, Kienkerl, Kneble, Kufine, Mehnert, R. Müller, Prüiter, Schön-haler, Schulze, v.d. Trenck, Thret, Haag, Geh, Kuhn, G. Müller, Petrius, Hart-recht, Arras, F. Hillan, G. Lindemann, Nagel

Anfang 20 Ende 22 1/2
Preise B 0,60—3,90 (24)

So. 13. 11. Der Ring des Nibelungen. Dritter Tag: Götterdämmerung. Im Konzerth.: Keine Vorstellung